

Hochschule



Auch bei immer schlechter werdenden Tarifverträgen sollten studentische Hilfskräfte wenigstens Geld für Überstunden kriegen

Seite 2

Buch



Wer, wie, was, wieso, weshalb, warum macht Wissen mächtig? Dieser Frage geht ein kürzlich erschienener Sammelband nach

Seite 3

Rezension



Mit der Frage nach dem Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart beschäftigen sich viele Essays von Hanno Loewy

Seite 4

<http://www.bo-alternativ.de>



Hochschulpolitik ohne Studierende Bachelor als Regelabschluss?

Was lange befürchtet wurde, scheint nun bald tatsächlich wahr zu werden: Der Bachelor soll zum Regelabschluss eines Studiums gemacht werden. Dies geht aus einem bisher unveröffentlichten Papier der KultusministerInnenkonferenz (KMK) hervor. In dem Beschluss „10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland“ vom 12. Juni 2003 einigten sich die MinisterInnen der Länder auf Eckpunkte, die für die flächendeckende Einführung gestufter Studiengänge gelten sollen.

Die Stufung der Studiengänge ist Bestandteil des Bologna-Prozesses zur Vereinheitlichung der europäischen Bildungslandschaft. Die Frage ist nun, auf welche Weise diese „Vereinheitlichung“ geschieht. Die wesentlichen Kritikpunkte an dem Beschluss der KMK hängen zum einen mit der Einführung gestufter Studiengänge vor dem Hintergrund von Studiengebühren zusammen. Hier wird unter dem Deckmantel der Internationalisierung von Studienabschlüssen ein Bildungsabbau betrieben, der seines Gleichen sucht. Aber: Eine öffentliche Debatte hierüber scheint von den ProtagonistInnen niemand zu wollen, geschweige denn anzustreben.

In dem Papier fordern die KultusministerInnen eine Geltung der Bachelor- und Masterabschlüsse als eigenständige Abschlüsse, die auf einer gestuften Studi-

enstruktur basieren. Die Masterphase kann dabei fachvertiefend sein oder, solange der fachliche Zusammenhang gewahrt bleibt, die Bachelorphase „fächerübergreifend erweitern“. Die Zulassung zum Master „setzt zwingend einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss“ (also den Bachelor) voraus und soll „darüber hinaus von weiteren besonderen Zugangsvoraussetzungen“ abhängig zu machen sein. Im Klartext bedeutet dies also: Der Einführung eines Numerus Clausus für die Zulassung zum Masterstudium sind Tür und Tor geöffnet. Problematisch ist daneben noch ein weiterer Aspekt des Papiers, so heißt es dort: „Bachelorabschlüsse verleihen grundsätzlich dieselben Berechtigungen wie Diplomabschlüsse der Fachhochschulen“.

Bildungsabbau bundesweit

Wir erinnern uns: Die Einführung gestufter Studiengänge sollte die Internationalisierung von Studienabschlüssen vorantreiben, die Flexibilität von Studierenden erhöhen, die Interdisziplinarität fördern und noch viel mehr Gutes zur Folge haben. Die Sozialver-

träglichkeit solcher Reformen wird dabei offensichtlich jedoch vergessen. Im Klartext bedeutet nämlich das, was in dem Papier verabschiedet wurde, dass dies langfristig dazu führen könnte, dass für den Master Studiengeldern die Regel werden. Den Master kann also nur machen, wer erstens die entsprechende Note hat, daneben aber auch das nötige Kleingeld.

Die Abschaffung der Fachhochschulen?

Daneben hat außerdem die Tatsache, dass die Bachelor-Abschlüsse den Fachhochschuldiplomen gleichgesetzt werden, weitreichende Konsequenzen, und zwar sowohl für die Bildungslandschaft wie auch individuell für die Personen, die versuchen, mit dem Bachelor einen Job zu bekommen. Bei der Gleichsetzung mit dem Fachhochschuldiplom steht zu befürchten, dass viele Studis ein Universitätsstudium dem an einer Fachhochschule vorziehen werden. Dies wiederum bedeutet, dass die Studierendenzahlen an den FHs sinken werden. Wenn jedoch die „Rentabilität“ über Mittelzuweisung anhand von Studierendenzahlen „ermittelt“ wird bzw. erfolgt, geht damit die schlechende Abschaffung der Fachhochschulen einher. Den jetzt bereits vorhandenen Problemen, Fachhochschulen zu Hochschulen zweiter Klasse zu degradierend, wird damit weiterer Vorschub geleistet. Aber auch den Studis macht man damit was vor: Zwar sind sie mit dem Bachelor in den Augen der KultusministerInnen nach drei Jahren „fit für den Arbeitsmarkt“, ob sie mit dem Bachelor aber dort überhaupt eine Chance haben, weiß niemand. Nur am Rande erwähnt sei hier die Konkurrenz zu Ausbildungsgängen insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Damit legt man zwar Kriterien der Marktorientierung zu Grunde, wenn es darum geht, die gestuften Studiengänge schmackhaft zu machen, allerdings ist unklar, inwieweit der „Markt“ überhaupt daran interessiert ist, Leute, die mit einem Bachelor graduieren, einzustellen. Wahrscheinlich werden sie es aber sein, kann man diesen Studierenden später schließlich geringere Löhne zahlen als denen mit Magister oder Diplom. Deswegen wird in der Politik auch viel eher auf Verschulung des Studiums als auf Persönlichkeitsbildung und wissenschaftliche Kriterien gesetzt, wenn der Markt es so will... Aber: Who the fuck is „der Markt“?

Vermeid' den Streik

Und dies alles, wie sollte es auch anders sein, ist natürlich im stillen Kämmerlein verabschiedet worden. Warum sollte man auch gravierende Eingriffe in das Studium und die Lebensgestaltung jetziger und künftiger StudentInnen öffentlich diskutieren? Da bleibt es nur, sich Hans-Olaf Henkel, seines Zeichens Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, anzuschließen, wenn er die Abschaffung der KMK fordert. Ob er den armen Bachelors wohl trotzdem die versprochenen Jobs gibt?

vw (B.A.)

Gründung eines „regionalen Sozialforums“ Hör' auf meinen Rat, sei gegen den Staat

Wenn Wirtschaft und Regierung meinen, dass sie sich ein halbwegs auskömmliches Leben für viele Lohnabhängige, Alte, Kranke, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende nicht mehr leisten können, dann sollten wir darüber nachdenken, ob wir uns diese Wirtschaft und diese Regierung noch leisten können!*

Mit diesem naheliegenden Gedanken ist die Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte!“ in den letzten Wochen gegen den geplanten Sozialraub auf die Straße gegangen. Die Initiative aus GewerkschafterInnen und weiteren Interessierten aus der Region sah sich spätestens Ende Mai genötigt, ihre Aktivitäten zu verstärken. Denn mit Beendigung der offiziellen gewerkschaftlichen Proteste ist vielen Betroffenen klar geworden: Es gibt keine traditionellen Strukturen des sozialen Widerstands mehr – keine Partei, keine geordnete gewerkschaft-

liche Unterstützung – gegen die brutalsten und folgenreichsten Angriffe auf soziale Errungenschaften in diesem Land seit 1945.

Rot-Grün und das UnternehmerInnenlager zeigen jede Woche neue Folterinstrumente vor und die rot-grünen ParteifreundInnen in den Gewerkschaftsgremien haben verstanden. „Erstmal Sommer-Pause!“ hat der DGB-Vorsitzenden gleichen Namens verordnet und hat damit offenbar erfolgreich die meisten Widerstandsgruppen innerhalb von IG Metall und ver.di zum Schweigen gebracht.

Zeitgleich setzen CDU/CSU/FDP (diese Bande „Schwarz-Gelb“ zu nennen, verbittet sich BVB-affinen Schreiberrinnen) noch einen drauf. „Wir müssen uns mit dem Gedanken anfreunden, dass ein Teil der Arbeit nur noch in Deutschland bleibt, wenn sie so bezahlt wird, dass man davon hier nicht leben kann“, hat der hessische CDU-Ministerpräsident Koch laut Berliner Zeitung gesagt.

Sozialabbau sozili-ke

Insbesondere UnternehmerInnen und Vermögende können sich schon nach knapp einem Jahr mit Rot-Grün in der zweiten Spielzeit nicht beklagen. Noch vor

der Wahl im letzten Jahr hatte BDI-Präsident Rogowski „mutige Schritte auf dem Weg zur Deregulierung der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes“ gefordert.

Er sagte, Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte müssten eingeschränkt und ein subventionierter Niedriglohnsektor müsse flächendeckend eingeführt werden. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik forderte Rogowski eine deutliche Reduzierung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, die Herabsetzung des Rentenalters, die Absenkung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Auch das Niveau der gesetzlichen Rente fand er viel zu hoch. Für die Unternehmen klagte er weitere spürbare Entlastungen ein. In der Umweltpolitik wandte er sich gegen gesetzliche Auflagen, die investitionsbehemmend seien. In der Bildungspolitik propagierte er mehr Konkurrenz und die Erhebung von Studiengebühren. Auch eine deutliche Erhöhung des Wehretats gehörte zum Programm des Industrieverbandschefs. Zugleich wandte er sich gegen den,



Der Ball ist rund, die zweite

Am Samstag, den 12. Juli veranstaltet die Fachschaft Jura zusammen mit dem TutorInnenprogramm in der Zeit von 11 bis 18.30 Uhr ein Fußballturnier in der Bochumer Rundsportthalle. Neben Fachschafts-Teams aus Bonn, Bielefeld, Münster, Düsseldorf, Osnabrück und Göttingen tritt außerdem eine Bochumer ProfessorInnenmannschaft an. Daneben starten noch weitere Teams der Ruhr-Uni. Für die Fußballgötter- und göttinnen unter Euch: Ein weiteres Team kann noch antreten, wer Lust hat, melde sich unter fr-jura@ruhr-uni-bochum.de. Für weitere Infos siehe <http://www.jc2003.de>.

Trotz erheblicher Schwächen am Ball

Ein aufgrund des Regens schlecht bespielbarer (ehemaliger) Rasenplatz hinter GB ließen beim Fußballturnier der Fachschaft Geographie am Freitag leider keine fußballerischen Leckerbissen zu. Vielmehr waren die Spiele von verbliebenen Zweikämpfen und Ausflügen in große Schlammputzen geprägt.



Erfreut waren die OrganisatorInnen davon, dass sich bei Anpfiff insgesamt 12 Teams bereit fanden, um den Pokal, der der Champions-League-Trophäe nachempfunden ist, wett zu streiten. In einem insgesamt eher einseitigen Endspiel setzte sich das Team von Vollposten gegen die Überraschungsfinalisten von Speerspitze Batschela durch. Die Vollpostler hatte sich den Sieg aber schon aufgrund ihres Auftretens - sie hatten als einzige einheitliche Fußballtrikots im Angebot - unredlich verdient. Überschattet wurde das insgesamt sehr harmonische Turnier lediglich von einigen übereifrigen Spielern und verlustig gegangenen Bällen. Die exzellent leitenden Unparteiischen waren aber niemals gezwungen Verwarnungen auszusprechen. Somit wird es wohl im nächsten Jahr eine Neuauflage dieses international hochklassig besetzten Turniers geben.

Gremienwahlen 2003

825 Studierenden haben wieder einmal die VertreterInnen von 34.548 Studierenden in die Uni-Gremien gewählt. Ohne Überraschungen verlief die Wahl für Senat und den erweiterten Senat: Die von Fachschaften mitgetragene „Liste VV“ konnte ihre Stellung klar halten und alle vier Sitze im Senat und alle studentischen Sitze im erweiterten Senat gewinnen – kein Wunder, gab es doch keine anderen Listen. Die Wahlbeteiligung in den einzelnen Fakultäten variiert von 13,9 Prozent bei den katholischen Theologinnen bis zu 0,3 Prozent in der Philologie.

Überraschungen gab es dann doch in der historischen Fakultät: Die 24 Studierenden, die zur Wahl gingen, konnten zwar für den (erweiterten) Senat abstimmen, doch für die VertreterInnen im Fakultätsrat gab es keine Stimmzettel – diese zu produzieren, wurde wohl irgendwie verschärft. Macht aber nix: Am 22. Juli wird die Wahl einfach wiederholt, damit die Demokratie glücklich weiterlaufen kann, in ihrem goldenen Lauf.

Copy kills wallet

Wer hat sich nicht schon mal geärgert über die ständig kaputten und dazu noch maßlos überbezahlten Kopierer in den Bibliotheken? Wer stand nicht schon mal vor den Automaten in den Cafeten, wollte trinken, rauchen, essen, jedoch nach Geld einwurf kam nix raus? Die Zeiten sind nun bald vorbei. Die Betreiberfirma aller an der Uni aufgestellten Automaten jeglicher Art, die immerhin einen Dreißigjahresvertrag mit der Uni hatte, hat nun nämlich Insolvenz beantragt. Damit wird der Weg frei für neue Automaten. Bis dahin bleibt wohl nur, doch in den ASTA-Copyshops in GA und GB zu kopieren bzw. zu essen und zu trinken, wenn die Cafete noch geöffnet ist.

Kleine Mensa geht in den Ruhestand

Auch, wenn es mit der Mensasanierung erst im Oktober so richtig losgeht, in der kleinen Mensa kann man dennoch nicht mehr so lange essen. Die schließt nämlich am 11. Juli ihre Pforten, dafür dann aber auch für immer. Wer also nochmal in den Genuss kommen will, dort zu speisen, möge dies schnell tun, die Nudeltheke dort ist allemal besser als die in der großen Mensa.

„Ich bin der König der Uni“

Hört auf zu denken, fangt an, zu diskutieren?

Im Editorial der letzten Rubens wurde eingehend auf die Proteste gegen zwei Skandale eingegangen, die die Ruhr-Uni in letzter Zeit gehörig negativ in die Presse brachten. Letzteres kann zumindest ihr Pressesprecher Josef König nicht so richtig verwinden, und so lässt er es auch in seinen Passagen über die Proteste gegen die Gastprofessur Yilmaz an Verständnis fehlen.

Protestkultur ist offensichtlich nicht mit dem vereinbar, was er scheinbar für sein liberales Verständnis hält, was aber eher eine Mischung aus offensichtlicher Unwissenheit und fragwürdiger Wahrnehmung von sehr problematischen Diskursen zu sein scheint. Diskutieren mag ja wichtig sein, protestieren hingegen ist es ebenso.

Haben alle PolitikerInnen „Dreck am Stecken“?

Seine Einschätzung der wahren Gründe für den Protest gegen Yilmaz laufen auf den Satz hinaus: „Hierzulande sind Politiker generell dem Verdacht ausgesetzt, Dreck am Stecken zu haben“. Aus bloßem Ressentiment gegen „Politiker“ protestieren demnach also viele Menschen massiv gegen die Gastprofessur und unterstützen ca. 200 Menschen aus Politik und Wissenschaft (nicht nur „hierzulande“) den Aufruf, Yilmaz auszuladen. Eine solche Zurschaustellung von Unkenntnis der Faktenlage und Verschweigen tatsächlicher Vorkommnisse



(wie dem skandalösen Polizeieinsatz beim vorletzten Yilmaz-Auftritt) ist mehr als peinlich, auch für einen Pressesprecher wie König, dem brave, unkritische Loyalität gegenüber der Uni sehr deutlich über Genauigkeit zu gehen scheint.

„Einer muss es ja mal sagen...“

Scheinbar unverständlich für König auch der Protest gegen die Äußerung von Prof. Wiemeyer (katholische Theologie), nicht jede Lebensverlängernde Maßnahme für alte Menschen müsse durchgeführt werden. „Beruhigend“ findet König dagegen, dass sich auch „wenige besonnene Stimmen zu Wort meldeten“, die Wiemeyer dann dafür lobten, dass er eine „Diskussion angestoßen“ habe, „vor der sich die Politiker letztlich aus Opportunismus drücken“. Überspitzt auf die aktuell laufenden Debatten übertragen heißt das wohl: Einer muss es ja mal sagen, dass Deutschland es sich eben nicht leisten kann, jede und jeden durchzubringen, die/der ja für die Gesellschaft nichts mehr nützt. Was bei König mehr als unangenehm mitschwingt, ist die zwischen den Zeilen zu lesende

Rede vom Tabubruch und dem Mut desjenigen, der mal ausspricht, was man ja scheinbar nicht sagen darf. Fehlen darf da auch nicht der Griff in die rechts-konservative Mottenkiste – die

Halluzinierung einer „political correctness“, die es nicht erlaube, „dass Professoren sich mit provokanten Thesen in die Gesellschaft einmischen“. Alles in allem eine übliche Rhetorik, um äußerst problematische Positionen salonfähig zu machen und sie gegen Kritik zu immunisieren.



Hat die Uni immer Recht?

Naja, wenn's sonst schon die restliche Presse nicht tut, dann muss ja wenigstens die Rubens respektive König der Uni mal Recht geben dürfen. Und den Protestierenden wird mit erhobenem Zeigefinger möchtestgern-liberal noch ein Sprüchlein aus dem Zitate-Duden auf den Weg gegeben. So heißt es am Ende des Artikels aus einem Brief von Voltaire an Rousseau: „Mein Herr, ich verachte Ihre Ansichten! Aber ich werde stets dafür eintreten, dass Sie sie frei äußern können.“ Sollte das Königs Wahlspruch sein, können sich die Menschen in der Türkei, die während Yilmaz' Amtszeiten wegen der Äußerung ihrer Meinung auf Jahre eingesperrt wurden, oder die alten Menschen, die zwar nicht mehr als nützlich gelten, aber trotzdem nicht sterben wollen, freuen, einen solch aufrechten Verteidiger ihrer Rechte an ihrer Seite zu haben.

Kristin Schwieler (ASTA-Finanzreferentin)

Fortsetzung von Seite 1

Sozialabbau

wie er frech behauptete, viel zu großen politischen Einfluß der Gewerkschaften und gegen das Streikrecht, denn Streiks seien „martialische Instrumente aus dem vorletzten Jahrhundert“.

Come on, die young

Ein Jahr später kann Herr Rogowski sehr zufrieden sein. Viele seiner Forderungen sind erfüllt, etliche Gesetze zur Erfüllung seiner Forderungen sind in Vorbereitung. Die Bundesregierung betreibt mit der „Agenda 2010“ den groß angelegten Versuch, die wachsende Zahl von Menschen, die für die Verwertungsmaschine der Kapitalwirtschaft überflüssig sind, aus dem sozialen und wirtschaftlichen Betrieb auszusondern. Die sozialen Leistungen für Arbeitslose, RentnerInnen und Kranke sollen dazu auf ein historisches Minimum gekürzt sowie die Schutzrechte der ArbeitnehmerInnen auf Bismarck-Niveau gestutzt werden.

Allein durch die Streichungen bei den Arbeitslosen und durch die Privatisierung des Krankengeldes werden rund 11,3 Mrd. Euro herausgeholt, von gestrichenem Zahnersatz sowie Brillen und weiteren Schweinereien noch gar nicht zu reden. Das alles mit dem edlen Zweck, die Steuerausfälle aufgrund der Gewinnsteuersenkungen zu „refinanzieren“.

Und weil die üblichen Verdächtigen kein Geheimnis daraus machen, dass mit der aktuellen Demontage noch lange nicht Schluss ist, deswegen finden die Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte!“ es mehr als dringlich, nun die Widerstandsbasis zu verbreitern: Am 28. Juli, 18 Uhr im Bahnhof Langendreer, soll ein regionales Sozialforum gegründet werden.

Wer nicht mitmacht, ist selber schuld!

R einhard Wegener

Tarifvertrag für Studis

Hilfskräfte – stets zu Diensten?

In nahezu jedem Bereich unserer Universität gibt es studentische Hilfskräfte. An der Ruhr-Uni arbeiten fast 1.300 Studierende in diesem Bereich. Allerdings besitzen diese kaum Rechte. So gibt es in Nordrhein-Westfalen keinen Anspruch auf Personalvertretung, Urlaubsgeld, Lohnerhöhung oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auch von Kündigungsschutz oder von Planungssicherheit – es gibt keine Verträge, die länger als sechs Monate laufen – kann keine Rede sein.

Die Löhne der meisten Hilfskräfte werden in NRW zumeist sogar aus Sachmitteln bezahlt. Dabei sind aber nicht einmal die Hilfskräfte untereinander gleich bezahlt. Verdient man an Universitäten knapp acht Euro pro Stunde, so erhalten Studierende, die an Fachhochschulen tätig sind, gerade mal fünfeinhalb Euro.

Ein Blick nach Berlin zeigt, dass es auch anders geht. Dort existiert seit 1979 ein gesonderter Tarifvertrag mit einem Stundenlohn zwischen 10,22 Euro und 10,98 Euro, Überstunden- und Nachtzuschlägen, 31 Urlaubstagen, 100 Prozent Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ab dem ersten Tag, einer Vertragslaufzeit von vier Semestern, Kündigungsschutz und einem Recht auf Personalratsvertretung.

Neues Urteil zu geringfügiger Beschäftigung

Nach einem Gerichtsurteil des Europäischen Gerichtshofes müssen geringfügig Beschäftigte (unter 325 Euro pro Monat, seit dem 1. April 400 Euro) nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) bezahlt werden. Diese Regelung gilt seit dem 1. Januar 2002. Für die studentischen Hilfskräfte

bedeutet das, dass alle, die im nicht-wissenschaftlichen Bereich, z.B. Bibliothek, Hochschulrechenzentrum oder Audiovisuelles Zentrum arbeiten, auch nach BAT behandelt werden müssen. Dies würde eine Lohnerhöhung auf von nun etwa acht auf ca. zehn Euro pro Stunde und alle sozialen Sicherungen, die es auch in Berlin gibt, nach sich ziehen. Allerdings wird dies bisher weder vom Land noch von unserer Universität umgesetzt.

Umsetzung der Forderungen

Um diese berechtigten Forderungen umzusetzen, haben wir in Düsseldorf eine Tarifrinitiative gegründet und beteiligen uns auch an der bundesweiten Tarifrinitiative, die sich zusammen mit den Gewerkschaften GEW und ver.di nicht nur für die Umsetzung geltenden Rechts stark macht, sondern auch einen Tarifvertrag für wissenschaftliche (z.B. TutorInnen) und nicht-wissenschaftliche studentische Hilfskräfte erkämpfen will.

Tobias Drommler (ASTA Uni Düsseldorf)

Für weitere Informationen: www.tarifini.de oder mailt eure Fragen an tarifini@yahoo.de

Am Dienstag, dem 10. Juli findet um 18 Uhr im HZO 50 außerdem eine Informationsveranstaltung der Tarifrinitiative statt.



Politischer Latin-Ska aus Mexico City

Panteón Rococó

Wer Panteón Rococó im letzten Sommer verpasst hat, hat jetzt endlich die Gelegenheit, dieses einmalige musikalische Erlebnis nachzuholen. Und wer sie letztes Jahr schon gesehen hat, weiß, warum es sich lohnt, wieder zu kommen...

Die elfköpfige Latino-Ska-Band *Panteón Rococó* hat sich im Jahre 1995 zusammengetan und wurde in ihrem Heimatland Mexiko schnell bekannt. Auf ihren zwei Alben „A la izquierda de la tierra“ und „Compañeros musicales“ spielen sie flotten, spritzigen Ska mit einer gehörigen Portion Salsa und Latin und einem kleinen Schuss Punk gemischt. Ihre Musik vereint alle diese Stilarthen, ohne jedoch die einzelnen Bestandteile zu einem konturlosen musikalischen Brei zu verführen. Jeder Song klingt einzigartig, so dass die Konzerte auch dann spannend sind, wenn man nur zum Zuhören gekommen ist. Besonders auffällig ist die perfekt eingespielte Bläsersektion, die weit über die obligatorische Tröte hinausgeht, mit der sich Ska-Bands in der Regel schmücken. Auf ihren zwei absolvierten Europatourneen hat sich die Band in hiesigen Gefilden einen Ruf als absolut sehenswerte Kapelle erspielt – innerhalb weniger Minuten bringen sie das Publikum zum Tanzen und

mitunter ist nach zwei Stunden Auftritt noch nicht Schluss.

Über den Dächern von Mexiko City

Panteón Rococó sind zuhause bereits so etwas wie Überflieger. In Mexiko City spielten sie zusammen mit *Manu Chao* zum Einmarsch der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN vor 150.000 Menschen und auch sonst können sich *Panteón Rococó* nicht über mangelnde Aufmerksamkeit beklagen. In ihren durchweg spanischsprachigen politischen Texten und durch Soli-Auftritte unterstützen *Panteón Rococó* das Streben der indigenen Bevölkerung nach Gleichberechtigung. Von ihrer Einstellung wick die Band auch mit wachsendem Bekanntheitsgrad nicht ab.

Nach Bochum kommen *Panteón Rococó* am Donnerstag, den

17. Juli, auf Einladung von Radio Bonte Koe in den Bahnhof Langendreer.

Konzert und Film

Vor dem Konzert wird ab 20 Uhr ein Musik-Doku-Film zur sozialen, politischen und kulturellen Situation in Mexiko gezeigt. Die 60-minütige Dokumentation ist von Sarah Möckel und Stefan Schulte während eines 7-wöchigen Mexico-Aufenthalts mit eigenen Mitteln gedreht worden. Neben Bildern aus Mexiko City und einem Blick auf die zapatistische Befreiungsbewegung in Chiapas enthält der Film natürlich auch Konzertausschnitte von *Panteón Rococó*. Der Eintritt für Konzert und Film liegt bei 6 Euro.



mac

Weitere Informationen unter <http://www.panteonrococo.com/>

Eine kritische Reflexion der Wissensgesellschaft Gut zu wissen?

Der Begriff der „Wissensgesellschaft“ hat sich weitgehend als Schlagwort für die heutigen Verhältnisse durchgesetzt und existiert nun neben Risikogesellschaft und anderen eigentlich sozialwissenschaftlichen Theoriekonstrukten vor sich hin. Wie genau man diese Wissensgesellschaft definiert, um welches Wissen von welcher Seite in welchen Ausmaßen es sich handelt, ist weitgehend offen, oder zumindest offen für verschiedenste Interpretationen.

Ein Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahre 2001 unter dem Motto „Gut zu wissen“ setzte sich mit Konzeptionen auseinander, die „umfassende Partizipation, soziale Gerechtigkeit, Modernisierung, Kreativität und Verantwortlichkeit verbindet“. Die Ergebnisse liegen jetzt in einem recht ausgewogen erscheinenden Sammelband vor.

Die HerausgeberInnen versuchen sich an einer Annäherung an den Begriff der Wissensgesellschaft. Sie stellen fest, dass Wissen zu einer entscheidenden Produktivkraft moderner Ökonomien geworden ist, dass nicht mehr IndustriearbeiterInnen, sondern WissensarbeiterInnen und SymbolanalytikerInnen die Arbeitswelt prägen, Fähigkeiten

zum Wissenmanagement gefordert und neue Politikaren gebraucht werden. Der „governance of science“ und der wachsenden Wissens- und Wohlstandskluft wird Raum gegeben. Die einleitenden Artikel liefern ungefähre Orientierungen, definieren Wissen, Gesellschaft, die Probleme und die Rolle der sozialen Gerechtigkeit, der zweite Teil befasst sich mit der Demokratie der Wissensgesellschaft, der Umstrukturierung des Staates durch diesen Paradigmenwechsel. In weiteren Abschnitten wird Bezug auf die Risikogesellschaft genommen, auf die Arbeit und Einkommen, die Kunst und Wissenschaft, und auf die Bildung als solche in der Wissensgesellschaft.

Wissen macht mächtig

Interessant und etwas theoretischer sind die Betrachtungen zum Eigentum vom Wissen, zur Nachhaltigkeit desselben und zur Wissensproduktion. Der Diskurs über die Wissensgesellschaft, in der der/die Einzelne aufgefordert ist, sich so informiert und gebildet zu halten, wie die Gesell-

schaft – bzw. die Teile der Gesellschaft, die es einzuordnen in der Position sind – es verlangt, wird natürlich durch aktuelle politische Entwicklungen ad absurdum geführt. Die Einführung von Studiengebühren wird den Zugang zu Hochschulbildung weder erleichtern noch den akademischen Bildungsweg beliebter machen, sie wird – wie in dieser Zeitung schon zahlreiche Male diskutiert wurde – für viele der sogenannten LangzeitstudentInnen das Bildungs-Aus bedeuten.

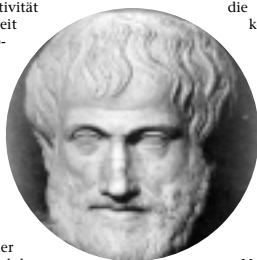
Dass plötzlich alle Bildung neben Vollzeitarbeit, ausgefüllter Freizeit und glücklichem Familienleben im stillen Kämmerlein erworben werden darf und dann auch noch anerkannt wird, nachdem sie zuvor in dreifacher Ausfertigung mitsamt zwei beglaubigten Kopien nachzuweisen war zu jedem denkbaren und undenkbaaren Anlass, scheint fragwürdig, und zwar nicht – was ja noch zu begrüßen wäre – aus einer Leistungsverweigerungshaltung der Bevölkerung heraus. Den politischen EntscheidungsträgerInnen, die Verträge wie das GATS erst möglich machen und sie dann auch noch in frei erfundener Opferrolle à la „Die (entpersonalisierte) Weltwirtschaft verlangt das so“ politisch zu vermarkten wissen, ist dieses Paradox zwar wahrscheinlich klar, sozialpolitisch ändert dies aber nichts an der Erwartungshaltung, die im Bezug auf Wissen eingenommen wird.

Die Hierarchie der Wissenden

Autor Hans N. Weiler geht in seinem Beitrag auf die Politik des Wissens ein. Er weist auf die Unterschiede zwischen kognitivem, normativem und ästhetischem Wissen hin und auf den großen Einfluss von Hierarchien im Prozess des Wissenserwerbs, insbesondere auf das Verhältnis gegenseitiger Legitimation zwischen Wissen und Macht. Dies bezieht er daraufhin auf die Realität an den Hochschulen, „die disziplinäre Matrix und die universitären Strukturen der Über- und Unterordnung“. Der Einfluss gesellschaftlicher Erwartungshaltungen, wie konstruiert diese auch sein mögen, lässt sich an dieser Uni etwa an der großflächigen Einführen des BA-/MA-Modells belegen.

tas

Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft. Hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Münster: Westfälisches Dampfboot 2002, 20,50 Euro
Diskussion fortgeführt auf <http://www.wissensgesellschaft.org>



:bsztermine

Mittwoch, 9. Juli

Jemal Nebes: Kurdische Partizipation in der Politik des neuen Irak

Veranstaltung im Rahmen der Kurdistan-Woche der Kurdistan-AG
19.00 Uhr, Ev. StudierendenGemeinde, „Café Roter Hahn“, Querenburger Höhe 287

OpenStage

Veranstaltung im Rahmen der Sommernachtskultur, mehr Infos unter <http://www.asta-bochum.de>.
20.00 Uhr, Kulturcafe, Ruhr-Uni

Theorien über Rassismus

Der Vortrag bietet eine Einführung in verschiedene Theorien über Rassismus. Es werden die unterschiedlichen Formen von Rassismus, ihre Entstehung und ihre Wirkungsweisen vorgestellt.
19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliustr. 108, Düsseldorf

EU-Armee! Kriegs- oder Friedenspolitik?

Referent: Gerd Deumlich, Essen, Journalist
Veranstalter: Dortmunder Friedensforum
19.30 Uhr, Arbeitslosenzentrum, Leopoldstr. 16 - 20

Donnerstag, 10. Juli

Informationsveranstaltung der Initiative für einen Tarifvertrag von studentischen Hilfskräften

18.00 Uhr, HZO 50, Ruhr-Uni

Anklagebank statt Lehrstuhl!

Proteste gegen Gastprofessur von Mesut Yilmaz
16.30 Uhr Kundgebung auf dem Husemannplatz, Nähe Huestraße/Kortumstraße, mit anschließendem Demonstrationszug zum „Haus der Geschichte des Ruhrgebiets“, Clemensstraße 17-19

Konzerte im Kulturcafe

Veranstaltung im Rahmen der Sommernachtskultur, mehr Infos unter <http://www.asta-bochum.de>.
20.00 Uhr, Kulturcafe, Ruhr-Uni

„Internationaler Abend“

Offene Gesprächsrunde mit einem Buffet mit traditionell kurdischen Spezialitäten und kurdischer Live-Musik. Veranstaltung im Rahmen der Kurdistan-Woche der Kurdistan-AG
19.00 Uhr, Ev. StudierendenGemeinde, „Café Roter Hahn“, Querenburger Höhe 287

Samstag, 12. Juli

Demo: Krieg den deutschen Zuständen

Darf man den Versprechen der Dortmunder Naziszene Glauben schenken, werden diesen Herbst regelmäßig Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Ausstellung „Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-44“ stattfinden, welche am 19.09.2003 in Dortmund eröffnet wird. Bevor die Nazis ihre Kampagne starten, wollen wir in Dortmund gegen Deutschland auf die Straße. Mehr Infos unter: <http://www.no-nazis.de>
12.00 Uhr, Dortmund-Brechten, U-Bahn Haltestelle Wittichstraße,

Montag, 14. Juli

Buchvorstellung: „Das Unternehmen Krieg – Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der neuen Kriegsordnung“

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Die geänderten Schadstoffberechnung für den Ausbau der A 40 (Wattenscheid)

19.30 Uhr, Realschule a. d. Graf-Adolf-Straße

Dienstag, 15. Juli

30 Jahre Militärputsch in Chile. Informationsveranstaltung

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6



Neues Buch von Hanno Loewy erschienen Taxi nach Auschwitz

Im Taxi fährt „Salek“ „den Weg nach Auschwitz, den er nicht kennt, weil der Viehwagen, der ihn dorthin transportierte, keine Fenster hatte“ (17). „Hin und zurück“, Salek kann hier frei nachholen, was über ihn damals verfügt war, gleichzeitig aber wird er nicht wieder vorfinden, was damals war, auch wenn er an denselben Ort zurückkehrt.

Die Gegenwart der Vergangenheit; wie die Gegenwart die Vergangenheit überdeckt; das Verschwinden der Erinnerung und dessen, was Erinnerung ermöglicht; die Wahrnehmung der Gegenwart durch gegenwärtige Bilder von der Vergangenheit; die Wahrnehmung der Vergangenheit durch Bilder von dieser Vergangenheit in der Gegenwart – dies ist das immer wiederkehrende Thema der gesammelten, seit 1988 zumeist in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichten Feuilletons des Medien- und Literaturwissenschaftlers Hanno Loewy. Die Essays gehören ins literarische Genre, deswegen fehlen wohlthuend die üblichen Zitate aus Adornos „Erziehung zur Mündigkeit“. Loewy demonstriert nicht Belesenheit oder Gelehrsamkeit. Er bleibt in den Texten zumeist unsichtbar; auch wenn er sie durch seine Beobachtung strukturiert, auch wenn er persönlich vorkommt. Daneben finden sich in anderen Betrachtungen in zumeist kurzen und schlichten Sätzen kluge und präzise Beobachtungen, Miniaturen u.a. über Cafés, Menschen in der Öffentlichkeit, Büffets, die Barbie-Puppe.

Die Vergangenheit und der Umgang mit ihr ist bei Loewy in diesen Alltag eingelassen. Ein Freund erzählt auf nächtlicher Autofahrt seine Geschichte der Verfolgung, neue Hakenkreuze und SS-Runen auf Wänden, der Führerbunker kommt ans Tageslicht, eine in die USA vertriebene jüdische Familie investiert wieder in Frankfurt/M – so kommt die Vergangenheit wieder in der

Gegenwart an und hervor. Auch wird Gegenwart immer wieder durchsichtig auf ihre Vergangenheit hin. Auf der Fahrt durch Polen erinnern die Ortsnamen an Gettos und Deportationsumslagpunkte; die Originalnamen werden vom historisch Bewanderten automatisch durch die bekannteren deutschen ersetzt, mit denen historische Bilder assoziiert sind.

Welchen Zugang hat man zur Vergangenheit und wodurch? Bestimmend sind die Bilder, die jede/r im Kopf hat, angeschaut und memorisierte, wie die durch Reflexion selbst erstellten. „Das Tor“ von Auschwitz I, so bemerkt Loewy, „ist viel kleiner“ als man es von den bekannten Bildern her vermutet hätte. Wie kommt das? „Die meisten fotografieren es aus der Untersicht. Dann sieht es größer aus.“ Das kommt nicht von ungefähr. „Ein Tor, durch das so viele hindurch gehen mußten, muß groß sein.“ Die Bedeutung, die ein Bild von etwas haben soll, bestimmt die Darstellung und die Wahrnehmung des Abgebildeten mit. Dies nicht unbedingt zum Besseren. „Das Tor und seine Inschrift hat sich wie ein Filter vor alle Bilder geschoben. Ja sogar vor die Erinnerungen. Überlebende von Birkenau“, von Auschwitz II, die nie durch dieses Tor gegangen sein konnten, „glauben schon, sie hätten es selbst gesehen“ (94).

Wie geht man mit der Vergangenheit und ihren Übrigbleibseln um? Dient ein jüdischer Friedhof wieder seiner ursprünglichen Bestimmung: der Beerdigung Toter, so geht seine Vergangenheit verloren, denn bei dem Friedhof handelt es sich um den eines ehemaligen Gettos. Sie wird nicht nur vom Leben, resp. Sterben, das weitergeht, nicht nur von indifferenten Zeitläuften und Witterung überdeckt oder aufgelöst wie der Zaun der Gedenkstätte Auschwitz, sondern auch von Versuchen der Erinnerung. Auch die Museumsführer in Auschwitz „geben sich Mühe, den Text, den sie herunter sprechen müssen, nicht gänzlich zur Routine werden zu lassen“ (102).

Das Schild einer Stiftung zur Erhaltung des Getto-Friedhofes steht dort „wie das Zeichen einer Okkupation“ (15). Besetzen, das tut v.a. das offizielle, staatliche Gedenken. Der Staat Polen gedenkt in Auschwitz vorzugsweise an einer Erschießungswand, denn „hier wird des Kampfes gedacht, hier ist die Katastrophe noch ‚in Ordnung‘, hier starb man einen Heldentod. ... Mit der Erinnerung an die Massenvernichtung hat das Gedenken hier nicht so viel zu tun. Aber viel mit unseren Wünschen, wie die Geschichte sein sollte“ (97). Dasselbe gilt für die Gedenkstätten in Dachau und Buchenwald.

Der Einzelne im Museum Auschwitz „muß sich vorbereiten auf das Erlebnis und auf die ‚Erinnerung‘. Auf die Art und Weise, wie er den Toten begegnen soll, die er doch gar nicht findet. Wie er

also der Leere standhalten soll, auf die er stößt, wenn er allein ist, wenn das Programm ihn für einen Moment aus seiner Ordnung entläßt.“ Deswegen bewehrt er sich mit Dingen, „mit denen man sich schützen kann, vor der Unsicherheit, vor dem Peinlichen, vor leeren Händen, mit denen man nicht wüßte, was zu tun ist.“ Blumen „sagen einem, was zu tun ist, an den Orten, wo man sonst betreten herumstehen würde. Die Kerzen erinnern an vertrautes Totengedenken, schaffen Vertraulichkeit mit den Opfern“ (104f.).

Einmal ratlos steht Loewy vor den Versuchen, die Welt zu begreifen. Denn „die Begriffe haben sich erschöpft“ (69), „die Instrumente sind stumpf geworden“ (70). „So stehen wir einigermaßen ratlos vor den Trümmern und Leichenbergen, nicht nur der Anti-Utopien, sondern auch der Utopien“ (71). Das stimmt so nicht. Loewy, der kritische Kopf ohne kritische Gesellschaftstheorie, ist nicht ratlos genug, um nicht ausmachen zu können, wer wie womit woraus welchen Erinnerungs-Mehrwert schlägt. Im Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und die Debatte sieht Loewy das „Gründungsritual der neuen deutschen Republik“ (155). So wie die Nazis „in der Vernichtung der Juden den ein und für allemal vollzogenen und nicht hintergehbaren Reinigungs- und Einigungsakt der Deutschen“ sahen, so ist der Zweck des Denkmals schon erfüllt, denn „die Deutschen in Ost und West haben sich als Tätergemeinschaft konstituiert und zugleich aufs neue die Verantwortung dafür auf den Führer geschoben, der sie verführt habe.“ Wie immer der Diebstahl und die Besetzung der Erinnerung geschieht, sie wird für andere Zwecke benutzt, und die reimen sich alle auf Deutschland. „Ist es womöglich ganz gleich, ob man sich triumphal oder bußfertig, auftrumpfend oder zerknirscht an einem solchen Stiftungsritual beteiligt?“ (159).

fake

Hanno Loewy: *Taxi nach Auschwitz. Feuilletons. Berlin – Wien: Philo, 2002. ca. 180 Seiten, 19,90 Euro*

:bszjobbörse

Please, call again never

Guten Tag, mein Name ist Umfrageexpertin von der Firma „We love the question“, hätten Sie vielleicht ein kurzes Stündchen Zeit für mich?“ Unangenehmer, als von dieser Frage beim intrasubjektiven Kaffeegeschwätz mit Nachbarn Lumpi gestört zu werden, ist wohl nur noch, diese Frage selber stellen zu müssen.

Denn letzteres bedeutet, dass man es bis ganz nach unten geschafft hat und als MitarbeiterIn in einem Call-Center arbeitet. Diese Tätigkeit ist nur mit Unannehmlichkeiten verbunden. Zur Einführung an alle Unwissenden sei gesagt, dass man als Telefonjoker bei Marktforschungsinstituten wildfremde Menschen darüber befragen darf, ob sie mit den neuen Kontoauszugsdruckern ihrer Bank oder aber der aktuellen Kaffeepreisanpassung in der Bio-Feinkostkette „Grüner Ast“ zufrieden sind. Da die einzelnen Befragungen selbstredend nicht nur zwei Minuten dauern dürfen, müssen die MitarbeiterInnen der Call-Center auch so lustige Fragen wie die nach dem Einkommen der Interviewten, ihrem Verhalten beim Auto fahren oder ihrer Anfälligkeit für Erkältungskrankheiten erfragen.

Doch wenn man diese Fragen stellen darf, so ist man schon weit gekommen. Denn meistens bekommt man auf die obige Frage die Antwort, dass gerade das Kind in den Backofen gefallen ist, man selber im Augenblick genug mit Selbstmord beschäftigt ist, die Oma auf Leitung drei momentan vom Krieg erzählt oder jeden Moment die Nachbarn zum fröhlichen Stammtisch vorbeikommen. Meistens aber hat man Glück bei Ablehnungsbescheiden und bekommt ein unaufgeregtes „Leck mich anne Futt“ oder aber „Nein, wir kaufen nichts“ entgegen gerufen. Am entspanntesten sind all die, die ohne ein Wort zu sagen, auflegen. Unangenehm daran ist nur, dass man als Telefon-UmfragerIn nicht nur einE doppelt, sondern sogar gleich dreifach freieR ArbeiterIn ist: Denn wenn man keine Interviews zu Stande bekommt, erhält man auch kein Geld und ist somit auch frei davon frei.

Am Tollsten an diesem Job ist aber wieder einmal der schöne Schein, der durch ihn am Leben erhalten wird. Sehr beliebt sind nämlich Umfragen zur sogenannten „Kundenzufriedenheit“. So fragt man regelmäßig, ob die Menschen mit dem Musikprogramm ihres Radiosenders, der Krawattenfarbe des Versicherungs-Vertreters oder aber der Vollständigkeit des zu letzt bei einem schwedischen Möbelhersteller erworbenen Bettes zufrieden sind. Sagen die Intervierten auf diese Fragen nun, dass sie im Radio mehr Musik von Schönberg oder Miles Davis hören wollen, eine grün-gelb-rot-blau gepunktete Krawatte zu keinem Anzug passt und das Bett bis auf das Lattenrost leider wohl noch im Lager liegt,

ändert sich an der Sache gar nichts. Nur, dass die Interviewten einmal wieder ihrem demokratisch geäußerten Unmut freien Lauf lassen dürfen.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwier

Redaktion dieser Ausgabe: Heiko Jansen (hai), Daniel Kloda (dek), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)

V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>